
Niederschrift

Gremium:	Ausschuss für Bau, Umwelt, Wirtschaft und Verkehr
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 12.08.2020
Sitzungsdauer:	19:00 – 21.45 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte

 Öffentliche Sitzung es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung Nichtöffentliche
Sitzung

 Peter Jagolski
Vorsitzender

 Jeanette Linsdorf
Protokollführer
Anwesend:Vorsitzende/r

Herr Peter Jagolski

Mitglieder

Herr Michael Bartoschewski

Herr Ralf Breuer

Herr Wilko Maatz

Herr Karsten Paproth

Herr Dieter Pasiciel

Herr Daniel Wegener

Herr Marcus Graubner

sachkundige Einwohner

Herr Torsten Fettback

Herr Thomas Lemme

Herr Mathias Sprunk

Ortsbürgermeister

Frau Edith Braun

Herr Hans-Peter Gürnth

Frau Maria Just

Frau Rita Platte

Protokollführer

Frau Jeanette Linsdorf

Mitarbeiter Verwaltung

Frau Kathleen Altmann

Abwesend:Bürgermeister

Herr Andreas Brohm

Mitglieder

Herr Michael Nagler entsch. -Vertr. Herr D. Wegener

Herr Uwe Nastke

Herr Marco Radke entsch. -Vertr. Herr Graubner

Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Wirtschaft und Verkehr der EG Stadt Tangerhütte am Mittwoch, 12.08.2020, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

Öffentliche Sitzung	DS-Nr.
1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit	
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3. Beschluss der Niederschrift der letzten Sitzung vom 24.06.2020	
4. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse	
5. Verpflichtung des sachkundigen Einwohners auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten durch den Ausschussvorsitzenden	
6. Aufnahme Bau eines Tiefbrunnen in der Ortschaft Grieben in den Haushalt 2020	BV 320/2020
7. Aufnahme Kosten Fenster GS Grieben in den Haushalt 2020	BV 321/2020
8. Antrag WG Lüderitz zum Haushalt 2020 und zum Haushaltskonsolidierungskonzept 2020-2028	BV 314/2020
9. Antrag WG Lüderitz zum Haushalt 2020 und zum Haushaltskonsolidierungskonzept 2020-2028	BV 315/2020
10. Antrag WG Lüderitz zum Haushalt 2020 und zum Haushaltskonsolidierungskonzept 2020-2028	BV 316/2020
11. Antrag WG Lüderitz zum Haushalt 2020 und zum Haushaltskonsolidierungskonzept 2020-2028	BV 317/2020
12. Antrag WG Lüderitz zum Haushalt 2020 und zum Haushaltskonsolidierungskonzept 2020-2028	BV 318/2020
13. Antrag WG Lüderitz zum Haushalt 2020	BV 323/2020
14. Haushaltskonsolidierungskonzept 2020 - 2028	BV 308/2020
15. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2020	BV 309/2020
16. Einwohnerfragestunde	
17. Anfragen und Anregungen, Sonstiges	

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Herr Jagolski eröffnet die Sitzung, begrüßt die Ausschussmitglieder, sachkundige Einwohner und Gäste.

TOP 2: Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Jagolski ruft den TOP auf.

Frau Braun stellt folgenden Änderungsantrag zur Tagesordnung (TO): TOP 8-12, die BV 314, BV 315, BV 316, BV 317, BV 318 sind von der TO zu nehmen. Ihre Begründung lautet: Laut Kommunalaufsicht und Ansage in unserem Amt sind alle Anträge, die zum Haushalt gestellt werden, zuerst in den Stadtrat einzubringen. Erst wenn diese angenommen sind, gehen sie in die Beratungsfolge.

Herr Paproth stellt den Antrag Punkt 16, die Einwohnerfragestunde vorzuziehen. Dies gehört nach vorn.

Herr Jagolski schlägt vor, die Einwohnerfragestunde vorzuziehen und nach TOP 5 einzufügen.

Er lässt darüber abstimmen, die TOP 8-12 zu streichen und die Einwohnerfragestunde nach TOP 5 einzufügen.

Abstimmungsergebnis: 7 x Ja; 1 x Nein; 0 x Enthaltung

Es wird mit der geänderten TO fortgefahren.

TOP 3: Beschluss der Niederschrift der letzten Sitzung vom 24.06.2020

Herr Jagolski ruft den TOP auf. Es gibt keine Hinweise und Bemerkungen.

Herr Jagolski bittet um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 7 x Ja; 0 x Nein; 1 x Enthaltung

Die Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung wird beschlossen.

TOP 4: Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

TOP 5: Verpflichtung des sachkundigen Einwohners auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten durch den Ausschussvorsitzenden

Herr Jagolski ruft den TOP auf. Er bittet den sachkundigen Einwohner des Ausschusses für Bau, Umwelt, Wirtschaft und Verkehr der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte, die Verpflichtung gemäß § 32 und § 33 KVG LSA vorzunehmen.

Herr Lemme gibt die Verpflichtungserklärung ab.

TOP 6: Einwohnerfragestunde

Herr C. Schubert aus Uetz fragt zum Antrag der WG Lüderitz (Streichung Radweg Cobbel-Birkholz), wie kann man es zulassen, unter dem Gesichtspunkt junge Familien herzuholen, wo ein Infrastrukturprojekt abgelehnt werden soll, bei dem der EG im ersten Schritt keine Kosten entstehen. Die Bürgerinitiative steht zu dem Projekt und ist bemüht, sollten Mehrkosten entstehen, die nötigen Eigenmittel zur Verfügung zu stellen. Unter welchen Gesichtspunkten sollen Investoren oder Spender aktiv werden, wenn solche Aktionen durch das Gremium bewilligt werden.

Herr Jagolski bemerkt, der TOP ist nicht gestrichen, nur heute von der TO genommen worden.

Frau Grönert aus Cobbel erklärt, wir haben die Spendengelder zusammen, Fördermittel sind bewilligt. Diese Straße ist stark befahren. Sie fragt: Muss es erst einen Toten geben, dass dieser Weg in Angriff genommen wird? Sie kritisiert, dass der Punkt schon das 2. Mal von der TO genommen wurde.

Was wird mit den Spendengeldern und bewilligten Fördermitteln? Wo bleibt das Geld? Was ist mit der Sicherheit der Bürger auf dieser Straße?

Herr Warnke aus Cobbel: Was sind die Gründe dafür, dass der Punkt schon wieder verschoben wird?

Gibt es Angst die Meinung zu sagen?

Herr Traufelder möchte Aussagen zu 10 Prozent Mehrkosten, die in der Presse gemacht wurden, richtigstellen. Wenn der Radweg gestrichen wird, kommen Kosten auf den Landkreis zu.

Herr Jagolski bittet um die Fragestellung.

Es gibt Zwischenrufe.

Herr Jagolski bittet um Ruhe.

Herr Jagolski ruft Herrn Warnke zur Ordnung.

Herr Traufelder fragt: Hätte das Konsequenzen, z. B. für die WG Lüderitz, die diesen Antrag eingebracht hat?

Herr D. Wegener ist froh, dass der Punkt abgesetzt wurde und er zurzeit nicht entscheiden muss, weil nicht geklärt ist, was mit entstehenden Mehrkosten passiert. Herr D. Wegener ist froh über das Engagement der Bürgerinitiative und unterstützt das Radwegprojekt. Er ist aufgebracht über die Art und Weise, wie hier agiert und diskutiert wird. Herr D. Wegener hat ein Problem damit, wenn am Ende große Posten überbleiben, die dann die EG tragen muss. Wenn keinen Kosten auf uns zukommen, außer die Verwaltungskosten, kann er auch dem Projekt zustimmen. Das muss geklärt werden. Zurzeit ist es nicht geklärt und darum ist es vielleicht auch gut, dass es vertagt wurde.

Herr Graubner stimmt den Argumenten von Herrn D. Wegener zu. Er unterstützt die Bürgerinitiative. Das ist eine gute Sache. Er findet die Art und Weise des Protestes nicht in Ordnung. Das hat mit einer freien Entscheidung nichts zu tun. Es hat jeder das Recht auf eine freie Meinung. Wenn wir hier entscheiden wollen für eine gute Sache, dann muss das in einem guten Rahmen passieren.

Es hat jeder das Recht Anträge zu stellen und es wird gemeinsam nachher entschieden.

Der Haushalt lässt nicht viel Spielraum zu. Es müssen viele Dinge berücksichtigt werden.

Nur wenn die Zusagen vom Land und Kreis auch eingehalten werden, können wir mit gutem Gewissen zustimmen.

Herr Jagolski erwähnt ein Gespräch im September mit dem Landrat und meint, dass dort die restlichen Probleme aus dem Weg geräumt werden.

Er merkt an, dass er, als Zeichen des guten Willens (entgegen der Geschäftsordnung), diese Zwiesgespräche zulässt, um vielleicht einzelne Fragen und Meinungen zu klären.

Frau J. Schubert aus Uetz fragt bezüglich der Mehrkosten, ob generell im Haushalt immer ein „Puffer“ eingeplant wird. Sie schlägt vor, dass die BI und einzelne SR'e zusammenkommen zu einem Gespräch, um zu schauen, wie sich das mit den Mehrkosten verhält und welche Möglichkeiten die BI sieht und was noch geplant wird. Frau Schubert möchte wissen, ob sie eine Anfrage schriftlich einreichen darf, da eine Frage direkt an einen SR in der Sitzung nicht erlaubt ist.

Herr Jagolski nimmt die Frage mit. Er befürwortet eine Zusammenkunft mit der BI. Schön wäre, wenn bis dahin das geplante Gespräch mit dem Landrat schon war.

Herr D. Wegener führt aus, dass das geplante Gespräch auf Initiative von Stadträten zu Stande kommt. Das heißt, wir sind an einer Lösung interessiert. Es ist nicht so, wie behauptet wird, der SR ist gegen das Projekt. Im gemeinsamen Gespräch wird versucht eine Lösung zu finden, woher die Gelder, bei evtl. Mehrkosten, kommen sollen. Wenn das geklärt ist, kann man über entsprechende Anträge abstimmen. Wenn das nicht geklärt ist, ist es besser, das von der TO zu nehmen.

Herr Warnke entschuldigt sich für die Zwischenrufe und bedankt sich für die Ausführungen, Erklärungen und Antworten der SR'e.

Frau Braun erklärt deutlich, dass sie nie geäußert hat, dass der Radweg nicht gebaut werden soll. Sie kritisiert die Unterstellungen und Behauptungen. Sie möchte Recht und Ordnung und das auch alles haushalterisch in Ordnung ist. Seit letztem Jahr Juni sind wir in der Haushaltssperre. Danach wurde der Fördermittelantrag gestellt. In einer Größenordnung, die 2019 gar nicht im Haushalt war. Die jetzige Haushaltsslage ist so, dass wir heute nicht wissen, ob überhaupt ein HH zustande kommt. Dieses zu klären, mit dem jetzigen Landrat, ist das Anliegen. Der Baulastenträger ist der Landkreis und hätte den Förderantrag auch stellen können. Frau Braun möchte die 900.000€ Fördermittel für das Projekt sichern. Sie möchte, dass der Radweg sach- und fachgerecht gebaut wird, die EG keine Zusatzkosten hat und nicht in eine Haushaltsnotlage kommt. Der Landkreis ist zuständig. Das soll besprochen werden. Das ist das Anliegen.

Herr Bartoschewski befürwortet den Radweg. Versteht die Aufregung wegen der Verschiebung nicht. Er sieht es als Vorteil. Es gibt keiner eine 100%ige Kostengarantie. Der BA ist nur ein beratender Ausschuss. Anträge gehen erst (lt. KVG) in den Stadtrat und dann in die Beratungsfolge. Herr Bartoschewski ist für diesen Weg und lobt das Engagement der BI.

Herr Paproth meint, es ist eine Gesetzmäßigkeit einzuhalten. Das heißt, erst SR, dann Beratungsfolge. Die 100%ige Baulast liegt bei der EG. Bei Fehlern oder Nachlässigkeit steht die EG dafür gerade, der Landkreis ist mit 50.000€ raus. Er hat nichts gegen den Radweg, aber das muss vernünftig durchgeplant und kostenmäßig abgedeckt sein.

Herr C. Schubert bedankt sich für die Ausführungen und Erklärungen der SR'e. Möchte die Diskussion auch nach hinten verschieben. Nachdem der Landkreis Stellung bezogen hat, macht es viel-

leicht mehr Sinn um die Bedenken nachhaltig auszuräumen. Die Unterstützer und Spender sind nach wie vor da.

Herr Böhlke erwähnt, dass der Fördermittelbescheid damit zusammenhängt, dass der Radweg im Haushalt mit eingestellt ist und fragt, ob die Fördermittel so verspielt werden könnten.

Herr Jagolski merkt an, dass bis jetzt keiner der SR'e gegen den Radweg ist.

Herr Maatz erwähnt die Möglichkeit, bei Mehrkosten einen Nachforderungsantrag auf Fördergelder zu stellen.

Frau Platte meint, dass die Haushaltssituation der EG maßgeblich zu diesem Beschluss beigetragen hat. Der Landkreis als Baulastenträger muss endlich diese Aufgabe wahrnehmen. Das hat er in der Vergangenheit nicht. Sie erläutert Probleme beim Radweg Grieben-Birkholz. Derzeit hat die EG eine sehr schlechte Haushaltssituation. Wir haben fast überall Mehrkosten. Das ist zum Teil auch der nicht so guten und nicht fachgerechten Arbeit der Verwaltung geschuldet sowie der steigenden Baukosten. Wenn wir hier was machen, wir sind gewählt, wir vertreten die Dinge. Frau Platte äußert Kritik, dass die Bürgerinitiative (BI) nicht an die SR'e herangetreten ist und gefragt hat. Es wurde in den Sitzungen protestiert. Frau Platte meint, dass der heutige Austausch zum besseren Verständnis beigetragen hat und findet die Entscheidung des Ausschussvorsitzenden gut, das heute so zu machen.

Herr Bartoschewski sieht die Summe von 1 Million für den Radweg Cobbel-Birkholz als realistisch an. Er widerspricht der Kritik, dass die BI nicht an die SR'e herangetreten ist. Herr Bartoschewski meint, die BI war in Sitzungen anwesend und hat Fragen gestellt. Es gab auch Gespräche mit der Fraktion.

Herr Traufelder fragt, ob nicht Herr Thomas Müller eingeladen werden kann, um die Aussagen des Landkreises zu hören, dass dieser Weg nur als straßenbegleitender Weg gebaut wird, wenn die Straße gemacht wird. Die ist in den nächsten 10 Jahren nicht drin. Wie sieht der Landkreis die Möglichkeiten?

Frau Konvalinka versteht nicht warum Punkte auf der TO stehen, obwohl das rechtlich nicht geht. Sie kritisiert, dass bei Ansprachen von Bürgern, getuschelt wurde.

Herr Jagolski erklärt, dazu: Die TO (für BA) macht er in Absprache mit dem BM. Punkte, die nicht zum BA gehören, kommen nicht drauf.

Frau Konvalinka fragt: warum sind sie dann drauf?

Herr Jagolski sagt, dass ergab die Prüfung erst, als die Einladungen schon raus waren.

Frau Altmann meint, das sind Anträge zum Haushalt. Der HH steht auf der TO als beratender Punkt. Diese können vorher schriftlich oder mündlich in der Sitzung vorgetragen werden. Sie sieht sie als rechtlich richtig auf der TO.

Frau Braun widerspricht. Es wurden die Hinweise der Verwaltung berücksichtigt, wie mit Anträgen zu verfahren ist. Das gibt es schriftlich. Es ist schwer für Ehrenamtliche das alles zu durchschauen. Anträge, auch zum HH, gehören erst an den SR. Dann entscheidet der SR darüber. Wenn eine Mehrheit gefunden wird, geht es in die Beratungsfolge der Ausschüsse. Wenn es dort eine Mehrheit findet, geht es wieder in den SR zur Beschlusslage mit Beschluss des HH. Frau Braun hat die TO erst mit der Einladung zur Sitzung gesehen und kann dann nur in der Sitzung unter Änderungsanträgen zur TO den Antrag dazu stellen. Es muss mit allen Anträgen gerecht und gesetzeskonform verfahren werden.

Frau Schubert meint, die Begründung für die Vertagung am Montag war eine andere.

Frau Braun antwortet, es gehört in den BA, dadurch das noch kein SR-Beschluss gefasst wurde, gehört es erst in den SR.

Herr Jagolski hat sich erkundigt. Die Information ist richtig.

Herr Klein aus Cobbel, fragt: Wissen wir, ob der Radweg 1 Million Euro kostet? Es wird von 250.000€ Mehrkosten gesprochen. Sind die Preise bekannt? Was macht der SR, damit das Projekt nicht wegfällt?

Herr Jagolski meint, es sollte erst das gemeinsame Gespräch im September beim Landrat abgewartet werden.

Frau Konvalinka kritisiert die Organisation in der Vorbereitung der Gremien.

Herrn von Gehren fehlt in der Diskussion der Punkt, dass am 17. August der Verkehrsminister kommt, um offiziell den Förderbescheid über 900.000€ zu überreichen. Der SR müsste doch alles dafür tun, wo die Kassenentscheidungen schon gelaufen sind, dass die Sache nicht in die Hose geht. Der alte Landrat hatte die 50.000€ zugesichert und das Fazit gegeben, dass kommunalrechtlich und landesverfassungsrechtlich alles seine Ordnung hat. Warum wird das jetzt alles bezweifelt?

Herr Jagolski ruft Herrn von Gehren zur Ordnung.

Frau Schubert fragt, ob zu diesem Termin am 17.08. ein SR kommt.

Herr Jagolski erwähnt, dass alle eingeladen wurden.

Er schließt die die Einwohnerfragestunde um 19.49 Uhr.

TOP 7: Aufnahme Bau eines Tiefbrunnen in der Ortschaft Grieben in den Haushalt 2020 - BV 320/2020

Herr Jagolski ruft den TOP auf.

Frau Platte gibt Informationen zur Kapazität der Löschwasserbrunnen in Grieben. Die Vorgaben des LSA können nicht erfüllt werden. Die Flachspiegelbrunnen sind nicht nutzbar wegen des geringen Grundwasserspiegels. Es wird ein Tiefbrunnen gebraucht. Eine dauerhaft funktionierende Löschwasserstelle. Frau Platte stellt den Antrag, dass der BA dem Antrag zustimmen möge.

Herr Sprunk stimmt Frau Platte zu. Die Situation aufgrund der Trockenheit ist dramatisch, auch in Groß Schwarzlosen. Die Kapazität der Flachspiegelbrunnen nimmt dramatisch ab. Wir brauchen eine Alternative und die ist Tiefbrunnen.

Herr Maatz möchte wissen, wie das mit der Prioritätenliste zu verstehen ist. Es gibt auch andere Elbdörfer (wie Polte), die gar keine Brunnen haben. Diese sollten laut der Liste eigentlich bevorzugt werden.

Frau Platte erläutert, Grieben hat kein Wasser. Eingezeichnet sind die Unterflurhydranten. Der Wasserverband hat erklärt, dass die Unterflurhydranten für die dauerhafte Löschwasserversorgung nicht ausgelegt sind. Dazu gibt es ein Schriftstück an die Verwaltung.

Herr D. Wegener verlässt die Sitzung.

Frau Platte merkt an, dass sie einen Antrag gestellt hat zur Kreditaufnahme. Das müsste man verteidigen. Wir haben neue Autos und neue Häuser, aber wir haben kein Löschwasser. Löschwasser ist existentiell wichtig für die Bürger und das Eigentum. Es muss eine Lösung gefunden werden. Wir können nicht 5 Autos kaufen und haben kein Löschwasser. Wir müssen da Prioritäten setzen. Es muss über die Prioritätenliste nochmal gesprochen werden.

Herr D. Wegener nimmt wieder an der Sitzung teil.

Herr Görend stimmt den Ausführungen von Frau Platte zu. Die Haushaltslage ist bekannt. Die Vergangenheit hat gezeigt, wie dringend die Löschwasserversorgung ist. Die Prioritätenliste, so wie sie hier steht, ist wichtig und findet auch die Zustimmung des OR. Es ist sehr, sehr dringend.

Herr Lemme ruft zur Besonnenheit auf. Es gibt Orte, wo die Löschwassersituation noch schlechter ist als in Grieben. Er ist nicht gegen den Löschwasserbrunnen in Grieben, ist aber der Meinung, dass Polte, Sandfurth und Scheeren mehr Priorität haben sollten. In Polte ist es nicht möglich an die Elbe zu kommen. In Grieben sind Trinkwasserleitungen, die genutzt werden.

Herr Jagolski erwähnt, dass der Gemeindeführer eingeladen war. Dieser hat abgesagt. Dieser sollte nochmals eingeladen werden. Der BA soll entscheiden. Herr Jagolski findet es schlimm, dass der Gemeindeführer als Fachmann sich weigert, sich hier darzustellen und zu berichten.

Frau Platte erwähnt, dass der Gemeindeführer bei der Antragstellung zum Kredit anwesend war und berichtet davon.

Herr Jagolski merkt an, dass alle das Schreiben dazu kennen. Er möchte über die technischen Bedingungen hier nicht weiter diskutieren. Es kommt im Hauptausschuss nochmal. Herr Jagolski kritisiert, dass bei so viel aufkommenden Fragen, der Gemeindeführer dazu nicht nochmal etwas sagt.

Herr Lemme meint, dass neue Löschfahrzeuge auch wichtig sind. Teilweise sind diese 30 Jahre alt. Bei den neuen Fahrzeugen ist die Löschwasserkapazität höher. Er bittet um Besonnenheit und schlägt vor, sich mit dem Gemeindeführer nochmal darüber auseinanderzusetzen.

Herr Maatz meint, dass der Gemeindeführer vor Ort war und die Zahlen präsentiert hat. Es gab damals nur Kritik und die Aussage, dass er das nicht richtig gemacht habe.

Herr Jagolski merkt an, dass das schon vor ca. 1 Jahr war.

Herr Jagolski bittet um Abstimmung über BV 320/2020.

Abstimmungsergebnis: 7 x Ja; 0 x Nein; 1 x Enthaltung

TOP 8: Aufnahme Kosten Fenster GS Grieben in den Haushalt 2020 - BV 321/2020

Herr Jagolski ruft den TOP 8 auf.

Frau Platte gibt Informationen über den Zustand der alten Fenster im Bewegungsraum der Grundschule Grieben. Die Fenster sind undicht, schließen nicht richtig. Es kann nicht gelüftet werden. Der Zustand wurde mehrfach von ihr angemahnt. 8.500€ wird die Maßnahme kosten, über diese Summe hätte der BM laut alter Hauptsatzung allein entscheiden können. Es ist Gefahr im Verzug.

Es hätte mitgeplant werden müssen. Das ist versäumt worden. Es ist auch kein Nachtrag gemacht worden. Im Sinne der Sicherheit der Kinder müsste das bitte gemacht werden.

Herr Jagolski bittet um Abstimmung über BV 321/2020.

Abstimmungsergebnis: 7 x Ja; 0 x Nein; 1 x Enthaltung

TOP 9: Antrag WG Lüderitz zum Haushalt 2020 - BV 323/2020

Herr Jagolski ruft den TOP 9 auf.

Frau Braun erwähnt, dass das ein Wiederholungsantrag ist. Frau Braun beantragt die Erhöhung der Investitions- / Instandhaltungspauschale von 6€/m² auf 9€/m² damit die kommunalen Wohnungen weiter vermietbar sind. Diese sind total verwahrlost. In den letzten 10 Jahren ist wenig gemacht worden. Das kann so nicht weiter gehen. Aus den Wohnungen wurden jährlich Überschüsse erwirtschaftet. (Lüderitz: 130.000€, Grieben: 40.000€). Das fließt in den gemeinsamen HH und wird nicht in die Wohnungen investiert. Wir haben keine barrierefreien bzw. altengerechte Wohnungen. Dazu gab es Projekte, die nicht umgesetzt wurden. Dieses sollte geändert werden.

Herr Paproth meint, die Nachfrage ist weiterhin hoch, aber die Wohnungen sind nicht saniert. Die Sanierung muss gemacht werden. Die noch freien Wohnungen können dann vermietet werden und führen somit zu mehr Einnahmen.

Frau Platte sagt, die Wohnungen müssen gemacht werden. Es zieht dort sonst niemand ein. Das muss in den Haushalt. Wenn etwas ansteht an Bedarf, muss die EG Mittel dafür zur Verfügung stellen. Es ist besser die 9€ im HH zu planen, als sich im Laufe des Jahres zu streiten.

Herr Bartoschewski sieht das ähnlich. Er möchte das nicht pauschal für alle Wohnungen, sondern nur für die 10 Wohnungen.

Herr D. Wegener erklärt dazu, dass die Gelder aus den vermieteten Wohnungen für die Sanierung der unvermieteten Wohnungen gebraucht werden. Darum die Erhöhung. Das Geld kommt ja aus der Vermietung. Die Überschüsse gehen in den großen HH, außer die 6€, die in Rücklage zur Sanierung kommen. Wir müssen mehr Geld zurücklegen, um Wohnungen sanieren zu können.

Herr Jagolski bittet um Abstimmung der BV 323/2020.

Abstimmungsergebnis: 6 x Ja; 0 x Nein; 2 x Enthaltung

TOP 10: Haushaltskonsolidierungskonzept 2020 – 2028 - BV 308/2020

Herr Jagolski ruft den TOP 10 auf und übergibt das Wort an Frau Altmann.

Frau Altmann informiert über die Zahlen zum HH und HKK anhand einer Präsentation.

Das ist ein gemeinsamer HH. Die Verwaltung macht Vorschläge. Sie erklärt die grundsätzliche Problematik. Es müssen Erträge erwirtschaftet werden, die größer als die Aufwendungen sind. Das sind sie nicht. Wir haben einen sehr hohen Schuldendienst. Wir brauchen mindestens 600.000€ bis 700.000€ mehr Einzahlungen, um den Schuldendienst der nächsten Jahre zu decken. Um diese nicht gedeckten Ausgaben aufzufangen, nutzen wir den Kassenkredit.

Es gibt eine neue KVG-Vorschrift, die sagt, dass der Kassenkredit in der mittelfristigen Planung unter einem Fünftel der Einzahlungen auf laufender Verwaltungstätigkeit haben muss. Diese Voraussetzung erfüllen wir nicht. Das sind die Probleme, darum muss ein HKK aufgestellt werden.

HKK bedeutet, alle Einnahmen grundsätzlich zu hinterfragen und bei den Ausgaben zu prüfen, ob sie zwingend notwendig sind. Wenn eine Maßnahme teurer wird, muss an anderer Stelle gespart werden. Die Verwaltung hat als Vorschlag diesen HH aufgestellt. Als Kompromiss aus all den Forderungen, die gewünscht sind. Auf ganz vielen Interessenlagen.

Frau Altmann zeigt die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen im Ergebnisplan 2020-2028.

Erst ab 2024 gelingt es, stabil mehr Erträge zu erwirtschaften, als Aufwendungen. Ebenso zeigt die Übersicht der Ein- und Auszahlungen, dass erst ab 2024 gesetzeskonform mehr Ein- als Auszahlungen generiert werden können.

Die Forderung zum Kassenkredit (ein Fünftel der Einnahmen aus Verwaltungstätigkeit) würde erst 2026 erfüllt werden. Das ist in Ordnung, wenn man ein HKK macht. Wir befinden uns dann nicht mehr in der Mittelfristplanung. Das wäre Planung von 2020-2023. Im HKK gibt es 5 weitere Jahre, das heißt Planung bis 2028. In diesem Zeitrahmen muss der Haushaltsausgleich gesetzeskonform erfolgen. Der vorliegende HH würde das 2026 erfüllen.

Frau Altmann präsentiert anhand von Übersichten die Teilhaushaltsbereiche, die für den BA relevant sind:

- Bauhof

(3 Standorte: Grieben, Lüderitz, Tangerhütte; Fahrzeugleasing ist größte Kostenposition; Personal und Technik ist nicht ausreichend)

- Räumliche Planung und Entwicklung (Kosten für Stadtplaner)
- Bau- und Grundstücksangelegenheiten (reines Einnahmenprodukt)
- Elektrizitätsversorgung (Konzessionsverträge, Vertragsbindung bis 2031)
- Gasversorgung (Konzessionsverträge, Vertragsbindung bis 2031)
- Fernwärmeversorgung (Prüfung möglicher Vertragsanpassungen, 2021 Abschluss neuer Verträge)
- Gemeindestraßen (Einnahmen hauptsächlich aus Parkgebühren, Kosten für Straßenunterhaltung steigen jährlich an)
- Straßenreinigung, -beleuchtung, Winterdienst (Kosteneinsparung durch LED-Umrüstung möglich, Kontraktierungsmöglichkeit)

Frau Braun erwähnt die Forderung nach einem Straßenlicht-Kataster und ihren Antrag zur Erfassung fehlender Erdverkabelung in den Ortschaften. Dort gibt es dann großen Nachholbedarf mit den entsprechenden Kosten.

Frau Altmann antwortet, selbst wenn das jetzt beschlossen wird, kommen diese Maßnahmen alle nochmal in den SR, nimmt das mit.

Herr Sprunk meint, durch die Umrüstung ergibt sich eine Einsparung von 2/3 der Kosten.

Herr Maatz erwähnt, dass Oberleitungen erdverlegt wurden, Lichtleitungen nicht.

Herr Jagolski möchte nicht weiter in die Details gehen, sondern im HH fortfahren.

Frau Altmann meint, die Diskussion darüber sollte dann beim Thema Umsetzung der Maßnahmen geführt werden.

- Grundstücks- und Gebäudemanagement (Verkauf kommunaler Liegenschaften; Erhöhung von Mietpreis für Garagen, alternativ Verkauf der Objekte)
- Wohnungsverwaltung (große Anzahl an kommunalen Wohnungen, Kreditbelastung von 150.000€ jährlich)
- Vermietungszahlen (unterschiedliche Auslastung)

Frau Altmann zeigt die Folie zur Investitionsplanung.

Als Teil des HH, ist die Wunschliste der ungedeckten Maßnahmen dargestellt. (enthalten sind alle angemeldeten Maßnahmen, Gesamtvolumen von 12 Mio. € bis 2028, 5 Mio. € sind noch offen)

Herr Paproth merkt an, dass bei Investitionen 2020 die Sirene Lüderitz fehlt.

Frau Altmann antwortet, dass sie drinsteht.

Frau Braun kritisiert, dass die 10.000€ für die Sanierung der Terrasse Kita Lüderitz nicht zu finden sind. Sie wird einen Antrag im SR einbringen. Sie kritisiert, dass der Radweg Ottersburg-Demker mit 6 Mio. € im HH steht. Es gibt keinen Antrag. Der gehört uns nicht. Baulastenträger ist das Land.

Frau Altmann erklärt, dass es eine Maßnahme auf unserem Grund und Boden ist und diese in unserem HH abgebildet werden muss. **Frau Braun** kritisiert das.

Frau Altmann meint, dass ein Antrag zur Streichung gestellt werden kann. Der Vorschlag von der Verwaltung ist so erarbeitet, wie die Rechtslage ist und gehört mit in die Haushaltsplanung.

Sie fragt, wie in der Präsentation fortgefahren werden soll, ob die einzelnen Jahre noch einmal durchgesprochen werden sollen.

Herr Paproth erwähnt, dass die Liste nicht vollständig ist.

Frau Altmann sagt, der vollständige HH liegt ihnen vor.

Es gibt Zwiegespräche und kritische Diskussionen.

Frau Altmann fragt, ob es rechtens ist, persönlich angegriffen zu werden.

Herr Jagolski bittet, die Zwiegespräche zu unterlassen.

Frau Altmann fährt mit der Präsentation fort. Sie merkt an, dass der BA ein vorberatender Ausschuss ist und sein Votum abgeben soll. Die Prioritätenliste ist das wichtigste Handwerkzeug dazu und sollte besprochen werden, um Fragen klären zu können.

2020:

- FFW-Gerätehaus Bittkau
- Löschwasserprogramm Waldflächen
- Vorplanung FFW-Gerätehaus Lüderitz
- Ausstattung der Feuerwehr mit Bekleidung
- Neuerrichtung Sirene Lüderitz
- Grundschule Grieben Sanierung
- Grunderwerb
- Fördermaßnahmen: Sanierung MZH Grieben, Spielplätze Schönwalde und Mahlpfuhl, JC Lüderitz, Kapelle Briest, Knotenpunkbezogene Wegweisung

Es werden 56.2000€ angespart, für den Bau des FFW-Gerätehauses Lüderitz in 2021.

Protokoll der Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. vom Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

2021:

- Anschaffung TLF 3000
- Löschwasser Waldflächen
- FFW-Gerätehaus Lüderitz
- Radweg Ottersburg-Demker
- Restliche Gelder für Brandschutz, Bekleidung

Herr D. Wegener möchte wissen, wie hoch die Förderung bei der Maßnahme Löschwasser Waldflächen ist und **Frau Altmann** meint, es sind 90 Prozent.

Herr D. Wegener regt an, die Brunnen möglichst in Ortsnähe zu bauen, um diese dadurch auch in den Ortschaften nutzen zu können. Er bittet um Beachtung dieser Möglichkeit.

2022:

- Löschwasserentnahmestelle (Scheeren)
- Fahrzeugbeschaffung HLF 20
- Ausstattung in den Feuerwehren
- FFW-Gerätehaus Lüderitz (2. BA)

Frau Platte meint zu dem Programm Löschwasser Waldflächen: es fehlen Anträge.

Frau Altmann antwortet, dass Anträge nicht gestellt werden können, weil es noch keinen beschlossenen HH gibt.

Frau Platte meint, das sollte dann für einzelne Maßnahmen mit Einzelbeschluss gemacht werden.

Frau Altmann erinnert an die vorgelegte Investitionsliste und fehlendes Feedback dazu.

Frau Platte meint, mit der Investitionsliste müsste für die Jahre 2020-2028 beschlossen werden.

Dazu gibt es noch offene Fragen und Diskussionsbedarf. Es geht um Einzelbeschlüsse.

Frau Altmann fährt mit der Präsentation für 2022 fort:

- Ausstattung Grundschulen und Kitas
- Vorplanung Kita-Erweiterung Lüderitz
- Leader-Maßnahmen
- Ausstattungen Bauhof
- Flächennutzungsplan (1. Teil)

2023:

- Grunderwerb
- Fahrzeugausstattung (Drehleiter)
- Löschwasserentnahmestelle (Polte)
- Ausstattung für Feuerwehren
- Kita- und Grundschulausstattung
- Kita-Erweiterungsbau Lüderitz (1. Abschnitt)
- Leader-Maßnahmen
- Flächennutzungsplan (2. Teil)

2024:

- Grunderwerb
- Löschwasserentnahmestellen (Sandfurth, Schernebeck, Uchtdorf)
- Brandschutzausstattung
- Brandschutzausrüstung (MFL Allrad)

Frau Braun meint zum Thema Löschwasser: Ich weise darauf hin, dass ich diese Zahlen mit 10.000€ anzweifle, weil wir eine Absenkung des Grundwassers haben. Wir werden mit 10.000 diese Brunnen nicht mehr machen können.

Frau Altmann meint, da stehen keinen 10.000€.

Frau Braun sagt, das steht in der Liste.

Frau Braun sagt: Es ist nicht machbar bei unserer Grundwassersituation. Ich will darauf hinweisen, dass sie bitte nochmal dafür Sorge tragen, dass die Dinge überarbeitet werden, weil im letzten OR der stellv. Ortswehrleiter von Groß Schwarzlosen mich davon in Kenntnis gesetzt hat, dass das, was in 2018 /19, weil alle halbe Jahre werden bei uns die Brunnen getestet und gespült, noch funktioniert hat; inzwischen sind von 6 nur noch 2. Diese Situation muss neu aufgearbeitet werden, für die Haushaltsgeschichte. Das ist nicht mehr akzeptabel.

Frau Altmann meint, wir haben einen Fachmann dafür, der die Zahlen zugearbeitet hat und die Priorität in diesen Sachen hat.

Frau Braun und **Frau Altmann** diskutieren.

Frau Braun sagt: Der Fachmann hätte es wissen müssen und schon längst einarbeiten müssen.

Frau Altmann: Für 3 Brunnen sind 75.000€ eingeplant.

Frau Braun: Ich sage es jetzt nochmal, da sie ja selber sagen, sie sind keine Fachfrau, damit kriegen wir das nicht hin.

Herr Jagolski sagt, wir nehmen es zur Kenntnis.

Frau Altmann fährt beim Punkt Brandschutzausrüstung fort. Es folgen:

- Kita Lüderitz (2. Bauabschnitt)
- Sanierung Kita F. Fröbel
- Straßenbeleuchtung Bellingen
- Ausstattung Bauhof
- Schließsystem in diversen Gebäuden
- Sandsackfüllmaschine für die Wasserwehr

2025:

- Bekleidung für den Brandschutz
- Weitere Löschwasserentnahmestellen
- Kita F. Fröbel (nächster Abschnitt)
- Baumpflanzungen (Bittkau) zum Lückenschluss der Obstbaumallee

Frau Braun sagt: Die Sandsackgeschichte, das höre ich jetzt zum ersten Mal. Der Landkreis hat eine große Anlage im FTZ, im letzten Jahr gekauft. Diese Kapazität könnten wir sicher mit nutzen. Ich weiß nicht, warum wir eine eigene brauchen? Das muss nochmal geprüft werden, ob das nicht mit dem Landkreis billiger hinzukriegen ist. Da müssen wir doch nicht eine eigene Maschine haben. Wenn unsere Schläuche dort gewartet werden, können wir doch unsere Sandsäcke dort befüllen.

Herr Jagolski äußert, wir nehmen das auf.

Frau Altmann fährt mit der Präsentation im Jahr 2026 fort:

- Bekleidung für die Feuerwehren
- Löschwasserentnahmestellen
- Grundschule Lüderitz Schallschutz
- Ausstattung in Schulen und Kitas
- Städtebauförderung K.-Marx-Straße
- Cobbel Regenentwässerung
- Brückensanierung Lüderitz
- Gehwegsanierung Tangerhütte
- Leader-Maßnahmen
- Bauhof (Pauschalen für Technik und Ausrüstung)
- Sporthalle Uetz, Heizungsanlage
- Freibad Lüderitz

Frau Braun sagt: Ich habe doch vorgeschlagen, dass die Sporthalle Uetz über den KSB und die Landessportförderung beantragt wird. Wir können doch das aus dem HH rausnehmen. Es werden jedes Jahr 200.000€ an Sportstättenförderung ausgeschüttet. Wir haben in den letzten 10 Jahren keinen Antrag gestellt. Ich möchte doch bitten, dass das aufgenommen wird, wenn man hier Hinweise gibt. Das entlastet doch unseren HH.

Frau Altmann weist darauf hin, einen Antrag zu stellen.

Frau Braun meint, dass sie keinen Antrag braucht und es reicht, das zu sagen. Sie führt weiter aus: Die Sporthalle Uetz ist keine Schulsporthalle, sondern eine Vereinssporthalle. Und deshalb müssen wir diese Dinge rausnehmen und das beantragen.

Frau Braun findet es unerhört, dass die Schallschutzdecken auf 2026 stehen. Seit 2013 warten wir auf die Schallschutzdecken in der Grundschule Lüderitz. Es gibt ein Schallschutzgutachten, das klar sagt, dass der Lärm in der Schule zu viel ist. Jedes Jahr wurde dieser Antrag gestellt. Jetzt steht das erst auf 2026. Das kann man wirklich nicht mehr akzeptieren.

Frau Altmann sagt: Ich kann kein Geld ausgeben, was ich nicht habe. Wenn Sie das in ein anderes Jahr verschoben haben möchten, stellen Sie einen Antrag und der SR kann darüber beraten. Wir haben versucht, alle Wünsche zu priorisieren und in das Geld zu packen, was jedes Jahr zur Verfügung steht.

Herr Graubner möchte zur Sanierung von Gehwegen sagen: Es gab eine Begehung im H.-Rieke-Ring. Nicht nur dort ist die Sachlage katastrophal. Es gibt viele Menschen mit Behinderungen und Senioren in der EG. Er bittet darum, wenn eine Schiebung möglich ist, auch in die Sanierung von Gehwegen zu investieren. Er erinnert daran, auch Abhilfe durch den Bauhof zu schaffen, so wie es geht. Es ist dringend nötig, dass etwas passiert. Es gibt noch Bedarf. Herr Graubner stellt den Antrag (auch nochmal schriftlich), wenn etwas geschoben werden kann, geldtechnisch, dass das auch

in die Sanierung von Gehwegen geht. Gleichmäßig in den Ortschaften, da wo es nötig ist. Geld kann man nur einmal ausgeben, aber es sollte allen nutzen. Gehwege nutzt jeder.

Herr Graubner bietet Herrn Jagolski ein Gespräch mit der Initiativgruppe an.

Frau Altmann erwähnt die Quartalsberichte. Es wurde vereinbart, im letzten Quartal über eventuelle Mehreinnahmen zu beraten. Die Priorität darauf, was umgesetzt werden soll, legen wir gemeinsam fest.

Frau Platte äußert, dass die Verwaltung den Verein in Uetz auf die mögliche Vereinsförderung hinweist und die Möglichkeit der Antragstellung bei KSB bzw. LSB mitteilt.

Frau Platte kritisiert, dass Grundschule Lüderitz und Grundschule Grieben erst in den Jahren 2026 und 2027/28 zu finden sind. Das geht gar nicht. Es wurden im 1. BA nicht die Klassenräumen und der Schallschutz sowie Breitbandanschluss gemacht, sondern der Eingangsbereich gemacht. Das man innerhalb von 10 Jahren dann nicht weitermacht, geht gar nicht.

Frau Altmann geht in der Präsentation weiter.

- Gehwegsanieerung
- Tangerbrücke Elversdorf
- Bittkau, F.-Ebert-Straße
- Leader-Maßnahmen
- Bauhof
- Landwirtschaftlicher Weg in Schelldorf

2028:

- Ausstattung für Feuerwehren
- Löschwasserentnahmestellen
- Grundschule Grieben
- Ausstattung in Schulen und Kitas
- Gehwegsanieerung Tangerhütte
- K.-Marx-Straße Fortführung
- Leader-Maßnahmen
- Bauhof

Herr D. Wegener erwähnt die großen Rückstände im Bereich Schulen und Kitas und fragt zum angegebenen landwirtschaftlichen Weg in Schelldorf, ob dieser für die EG notwendig ist.

Frau Altmann kann das nicht abschließend beantworten. Das kann gern nochmal aufbereitet werden.

Herr D. Wegener meint, bevor wir Feldwege ausbauen, sollten wir Straßen und Fußwege sanieren und Schulen und Kindereinrichtungen. Das ist wichtiger.

Frau Braun erwähnt, dass es Hochwassergelder gab und der Bauer in Schelldorf diesen Weg selbst sanieren wollte. Das wurde von der Verwaltung abgelehnt. Sie kritisiert auch die fehlende Kontrolle nach der Reparatur/Instandsetzung von (durch Bauarbeiten) beschädigten Wegen und die nicht erfolgte Einbeziehungen des OR. So kann es nicht gehen.

Frau Platte erklärt, der Bauer wollte es in Eigeninitiative machen und es mit der Verwaltung absprechen. Der BM hat nicht zugestimmt. Es müssen Vereinbarungen mit den Landwirten getroffen werden.

Herr Paproth meint zu den Investitionspauschalen: wir haben Leerstand in den Wohnungen und könnten vermieten und investieren nicht. Leerstand kostet Geld, Vermietung bringt Erlöse. Warum machen wir das nicht?

Frau Altmann antwortet, der SWG stehen ja Gelder zur Verfügung. (siehe Haushalt) Im HH stehen 75.000€. Die Wohnungsverwaltung muss entscheiden, was damit gemacht wird. Wenn keine Anträge vorliegen, ist der Bedarf nicht ersichtlich. Die Wohnungen werden nicht im Vorfeld, sondern bei Interesse saniert. (laut Erklärung des Geschäftsführers).

Frau Platte erwähnt einen Interessenten für eine Wohnung in Grieben. Bei Sanierungskosten von 30.000€, wollte der Interessent 15.000€ eigene Mittel beisteuern und Arbeiten selbst erledigen. Der Bürgermeister hat es abgelehnt.

Frau Altmann erklärt nochmal zur Frage (im SA am Montag) der Fortschreibung: wir dürfen fortschreiben. Dieses Rundschreiben zu HKK ist aus dem Jahr 2004. Es gibt kein neues. Das ist die Grundlage mit der wir arbeiten. Frau Altmann gibt Erklärungen zum Wortlaut.

Herr D. Wegener versteht das so, wenn es Einsparungspotential bei einer Maßnahme gibt, kann das dann für eine andere Maßnahme eingesetzt werden.

Frau Braun erwähnt ihren Antrag auf Neupflanzung von 50 Koniferen am Friedhof in Groß Schwarzlosen. Diese sind in Folge der Trockenheit der letzten 3 Jahre eingegangen / vertrocknet.

Wieso wird das nicht erledigt? Das können wir so nicht lassen. Es muss Ordnung geschaffen werden. **Frau Braun** erwähnt ebenfalls ihren Antrag auf Instandsetzung der Tangerbrücke in der Ortschaft Lüderitz. Diese wurde im HKK von 2014 schon einmal auf 2023 gesetzt. Jetzt steht diese in 2028. Das ist eine Pflichtaufgabe. Landwirtschaft, Forst, Bürger und Abfallentsorger müssen diese Brücke befahren. Die ist marode, darf nur noch einseitig befahren werden. Es gibt ein Gutachten. Die ist einfach wieder nach hinten geschoben. Wenn wir fortschreiben, muss doch das, was vorn schon dringlich steht, stehen bleiben. Wir können nicht neue Sachen aufnehmen und alte, schon bekannte Sachen, nach hinten schieben.

Frau Altmann erinnert an die Verständigung über die Auflistung der vorliegenden Maßnahmen. Dann folgt die Priorisierung. Sie kritisiert, dass der HH jedes Jahr komplett umgeändert wird. Das Ganze ist ein Vorschlag der Verwaltung. Wenn die Ausschussmitglieder eine andere Priorität sehen, möchten sie das bitte durch ihre Antragsrechte geltend machen.

Zu den Koniferen beim Friedhof meint **Frau Altmann**, das gehört für sie in die Friedhofsunterhaltung und nicht in die Investitionen.

Herr D. Wegener merkt an, dass es Probleme mit Nachpflanzungen überall gibt. Es gibt wichtigere Dinge z. B. Schulen, Löschwasser usw. Wir haben zu viele Dinge, die gemacht werden müssen und haben viel zu wenig Geld. Das versuchen wir irgendwie zu lösen. Wir haben heute an der Prioritätenliste gesehen, dass noch Fragen zu klären gibt. Diese Dinge müssen erst geklärt werden, bevor man hier zustimmen kann.

Herr Jagolski meint, die Verwaltung hat etwas vorgelegt. Es hat sich viel aufgetan. Es wurde etwas vorgestellt und damit befassen wir uns dann noch.

Herr Jagolski bittet um Abstimmung über die BV 308/2020.

Abstimmungsergebnis: 0 x Ja; 6 x Nein; 2 x Enthaltung

TOP 11: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2020 - BV 309/2020

Herr Jagolski ruft den TOP 11 auf.

Es gibt keine weiteren Fragen und Bemerkungen dazu.

Herr Jagolski bittet um Abstimmung über die BV 309/2020.

Abstimmungsergebnis: 0 x Ja; 5 x Nein; 3 x Enthaltung

TOP 12: Anfragen und Anregungen, Sonstiges

Herr Sprunk hat einen Hinweis zur Löschwasserversorgung. Es geht um die Ortschaft Brunkau. In unmittelbarer Nähe gibt es den Schleußer Teich. Dieser Teich könnte bei einem Waldbrand zur Löschwasserentnahme genutzt werden. Normalerweise ist der Teich angestaut. Die Vorrichtung zum Stauen wurde zerstört. Darum ist der Wasserstand derzeit sehr niedrig. Herr Sprunk regt an, die Möglichkeit zu prüfen, ob dieser Stau wieder instandgesetzt werden kann.

Herr Sprunk kritisiert, dass er immer noch keinen Zugang zu Mandatos hat und fehlende Benachrichtigungen für die sachkundigen Einwohner. Es fehlen ihm Unterlagen / Anlagen. Er fühlt sich benachteiligt als sachkundiger Einwohner.

Herr Jagolski verliest die Antwort der Verwaltung auf diese Anfrage aus der letzten Sitzung. (auch als Tischvorlage).

Herr Sprunk gibt an, dass der Zugang über das Rathaussystem mit eigener Technik zugesagt war. Es fehlen ihm aber immer noch die Zugangsdaten. Wie lange soll das noch geprüft werden. Er kritisiert, dass er diese Anfrage schon zum 4. Mal stellt und es immer noch nicht erledigt ist.

Frau Braun erachtet das nicht für rechtens. Wie sollen die sachkundigen Einwohner an den Beratungen teilnehmen, wenn sie die Unterlagen nicht vollständig zur Verfügung gestellt bekommen. Frau Braun widerspricht den Argumentationen und Berichten.

Frau Altmann erklärt, dass den sachkundigen Einwohnern für ihre Tätigkeit im BA alle Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. Alles was im BA behandelt wird, bekommt er auch. Die fehlende Anlage war vielleicht ein Versehen und muss verbessert werden. Freitagsmails und Unterlagen zu allen anderen Ausschüssen bleiben den Ausschussmitgliedern vorbehalten.

Herr Sprunk meint, dass er so zu gestellten Fragen keine Antworten bekommt. Er weiß nicht, wie der Bearbeitungsstand ist und kann so nicht einwirken, wenn er keine Informationen hat.

Frau Altmann meint, dass er doch alle Unterlagen zugeschickt bekommt.

Herr Sprunk möchte diese in digitaler Form haben.

Frau Altmann erwähnt, dass das Team Zentrale Dienste auf ihn zukommen wird, um ihm die Zugangsdaten mitzuteilen. (siehe auch Antwortschreiben)

Herr Sprunk meint, dass er diese Information heute durch Zufall bekommen hat.

Frau Platte ergänzt, wenn die Unterlagen schriftlich zugestellt werden, müssen diese auch vollständig sein. Ihr fehlen auch Anlagen.

Herr Sprunk hat eine Zeichnung ohne Legende, kann damit nichts anfangen.

Es wird diskutiert aus welchem Grund die Legende fehlt.

Herr Jagolski meint, es muss geprüft werden, woran es liegt.

Frau Platte meint, dass die Legende für die Löschwasserbrunnen 1 Mal für alle Ortschaften in der ursprünglichen Aufstellung erklärt wurde. Wenn er als Anlage nur 1 Blatt (für einen Ort) bekommt, fehlt die Erklärung zur Legende.

Herr Jagolski meint, es muss die Rechtmäßigkeit der Antwort geklärt werden und schnellstmöglich der Mandatoszugang gewährt werden.

Herr Sprunk meint, Mandatoszugang muss nicht sein. Wir brauchen Informationen. Die Informationen müssen vollständig sein. Mit unvollständigen Informationen können wir uns nicht einbringen.

Es gibt weitere Diskussionen. **Frau Altmann** meint, man muss gucken, was da passiert ist, wenn Unterlagen fehlen. Das heißt doch nicht automatisch, dass ständig Unterlagen fehlen.

Herr Sprunk sagt, er ruft ständig in der Verwaltung im Sitzungsdienst an, schreibt Mails weil Unterlagen fehlen.

Herr Jagolski bittet, das im Sitzungsdienst zu prüfen.

Herr Bartoschewski erwähnt, dass derzeit am Einlass der Freibäder sich lange Schlangen bilden. Einlass (in dieser Coronazeit) ist ja nur für bestimmte Besucherzahlen möglich. Es gibt eine Schwimm-App. Betreiber können sich dort anmelden. Besucher können online einen Termin buchen. Es wird gezeigt wie viele Leute rein dürfen, wie viele freie Plätze noch sind.

Herr Jagolski findet das einen guten Hinweis.

Herrn Fettback fehlen ebenfalls Unterlagen. Er hat nur die TO und die Niederschrift, keine BV und keine Tischvorlage.

Herr Lemme hat das Gleiche erhalten.

Es gibt erneut Diskussionen.

Frau Altmann nimmt das mit und kümmert sich.

Herr Maatz möchte das Thema Schlaglöcher in der Tangerstraße ansprechen. Die Löcher werden immer größer. Man muss mal schauen, dass da was gemacht wird.

Herr Jagolski meint, das war auch im OR Thema. Das müssen wir dann nochmal mitnehmen, im BA.

Herr Paproth möchte Informationen zum Gutachten Schlosdach und fragt, wie weit ist das Gutachten und wann wird uns das ausgehändigt.

Frau Altmann meint, dass Herr Brohm im Hauptausschuss (HA) dazu etwas sagen wird.

Herr Jagolski meint, dass das Gutachten vorliegt. Einige Mängel sind schon beseitigt. Es ist schade, dass es nicht im BA vorliegt. Es ist merkwürdig, dass damit erst im HA angefangen werden soll.

Frau Braun, als Mitglied des HA, möchte dagegen Einspruch einlegen, dass zu einer Sitzung geladen wird und während der Sitzung am Montag wird uns eine mündliche Information gegeben. Das Gutachten hat jedes SR-Mitglied zu bekommen. Und zwar vor der Sitzung, wo es besprochen wird. Schließlich haben wir auch ein Recht, uns schlau zu machen. Wir wollen sachkundig informiert werden. Deshalb verlangt sie, dass zum Wochenende vor der HA-Sitzung dieses Gutachten ausgehändigt wird. Sonst wird sie diesen HA reklamieren, weil nicht alle Unterlagen zur Entscheidungsfindung vorlagen.

Frau Altmann meint, dass sei ein außerordentlicher Ausschuss zum Thema HH. Der Ausschussvorsitzende hat doch auch die Möglichkeit, dort Informationen zu geben.

Frau Braun sagt, wir haben einen SR-Beschluss gefasst. Der SR hat den Gutachter verlangt. Dann hat der SR auch das Gutachten zur Verfügung zu bekommen. Es kann doch nicht sein, dass ich jedes Mal mein Recht mit Kommunalaufsicht einfordern muss. Dass uns Dinge verwehrt werden, das macht Misstrauen. Das ist doch keine Zusammenarbeit. Ich verwehre mich dagegen. Ich möchte das Gutachten haben.

Herr Sprunk erwähnt 2 fehlende Punkte auf der TO (Informationen aus der Verwaltung sowie Informationen des Ausschussvorsitzenden).

Frau Altmann sagt, dass es eine neue Geschäftsordnung gibt.

Es gibt Diskussionen zur Geschäftsordnung.

Herr Paproth kritisiert, dass das Gutachten nicht im BA und SR vorliegt.

Herr Jagolski schließt den TOP und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

